

Weishaupt, Horst

Demografie und regionale Schulentwicklung

Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 1, S. 56-72



Quellenangabe/ Reference:

Weishaupt, Horst: Demografie und regionale Schulentwicklung - In: Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 1, S. 56-72 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-42389 - DOI: 10.25656/01:4238

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-42389>

<https://doi.org/10.25656/01:4238>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipt.de
Internet: www.pedocs.de

Inhaltsverzeichnis

Thementeil: Demografie

Ewald Terhart/Rudolf Tippelt

Einleitung in den Thementeil „Demografie“	1
---	---

Stefan C. Wolter

Der intergenerationelle Konflikt bei Bildungsausgaben	4
---	---

Thomas Rauschenbach/Matthias Schilling

Demografie und frühe Kindheit. Prognosen zum Platz- und Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung	17
---	----

Hans Bertram

Nachhaltige Familienpolitik und demografische Entwicklung. Zeit, Geld und Infrastruktur als Elemente einer demografiebewussten Familienpolitik	37
---	----

Horst Weishaupt

Demografie und regionale Schulentwicklung	56
---	----

Bernhard Schmidt/Rudolf Tippelt

Bildung Älterer und intergeneratives Lernen	73
---	----

Deutscher Bildungsserver

Linktipps zum Thema „Demografie“	91
--	----

Allgemeiner Teil

Marcelo Caruso

Experimentierfeld einer neuen Regierbarkeit. Die Einführung von Bildungs- gutscheinen in Chile und der Aufstieg von Bildungsexperten	97
---	----

Ines Clemens

Die Herausforderung Indigener Theorien. Die Frage nach der Relevanz kulturtheoretischer Perspektiven in der Erziehungswissenschaft am Beispiel der Emergenz Indigener Theorien	113
--	-----

Dagmar Killus

Förderung selbstgesteuerten Lernens im Kontext lehrer- und organisationsbezogener Merkmale	130
--	-----

Besprechungen

Heinz-Elmar Tenorth

Michael-Sören Schuppan: Hauptstadtegoismus und preußische Schulverwaltung. Die Berliner Schulentwicklung im Spannungsfeld bildungspolitischer Kompetenzen 1919–1933	151
---	-----

Edith Glaser

Katharina Bieler: Im preußischen Schuldienst. Arbeitsverhältnisse und Berufsbiographien von Lehrerinnen und Lehrern in Berlin-Schöneberg 1871–1933	153
--	-----

Gertrud Nunner-Winkler

Stefan Weyer/Monika Sujbert/Lutz Eckensberger: Recht und Unrecht aus kindlicher Sicht	155
---	-----

Martin Rothland

Andreas Frey: Kompetenzstrukturen von Studierenden in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung. Eine nationale und internationale Standortbestimmung	157
--	-----

Christian Beck

Christina Schachtner/Angelika Höber (Hrsg.): Learning Communities. Das Internet als neuer Lern- und Wissensraum	162
---	-----

Dokumentation

Pädagogische Neuerscheinungen	165
-------------------------------------	-----

Horst Weishaupt

Demografie und regionale Schulentwicklung

Zusammenfassung: Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung waren in den letzten Jahrzehnten schon mehrfach Gegenstand schulplanerischer Überlegungen. Neu an der aktuellen Diskussion sind Befürchtungen, dass angesichts des steigenden Bedarfs an Akademikern im Beschäftigungssystem langfristig der qualifikationsspezifische Arbeitskräftebedarf nicht mehr gesichert sein könnte. Die bisher dazu verfügbaren Vorausberechnungen sind unbefriedigend. Mit dem zu erwartenden weiteren Rückgang der Schülerzahlen ergeben sich neben den Problemen, die bereits im Zusammenhang der Diskussion in den 1980er-Jahren aufgearbeitet wurden, neue Aufgaben für ländliche Regionen. Erörtert werden die Anforderungen, die sich durch die verstärkte Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule, die Probleme der Sicherung eines flächendeckenden Angebots sonderpädagogischer Förderangebote und die Notwendigkeit der Stabilisierung eines differenzierten Berufsbildungsangebots ergeben. Abschließend werden Interessenskonflikte angesprochen, die bei der weiteren Schulentwicklung zu beachten sind.

Die aktuell wieder durch das Forum demografischer Wandel des Bundespräsidenten (Bertelsmann Stiftung 2008) angeregte Debatte um die Folgen der demografischen Entwicklung für Bildungsprozesse und die weitere Entwicklung des Bildungssystems kann als vierte Phase dieser Diskussion in der Bundesrepublik bezeichnet werden. Bereits die Bildungsexpansion der 1960er- und frühen 1970er-Jahre wurde durch die steigenden Schülerzahlen als Folge des Geburtenanstiegs seit der Nachkriegszeit von demografischen Argumenten nachhaltig unterstützt. Noch Mitte der 1960er-Jahre rechnete man in Westdeutschland jährlich mit 1 bis 1,2 Millionen Lebendgeborenen „für die nächsten Jahrzehnte“ (Deutscher Bundestag 1967, S. 10). Mit dem durch den Geburtenanstieg notwendig gewordenen Kapazitätsausbau des Schulwesens war die Absicht verbunden, eine ausreichende Zahl von Jugendlichen zum Abitur zu führen, um daraus den steigenden Lehrerberauf für das expandierende Schulsystem rekrutieren zu können. Dadurch wurden Bestrebungen zur Anhebung der Abiturientenquote über einen Ausbau des Gymnasiums begünstigt (Deutscher Bundestag 1967, S. 274).

Der 1966 einsetzende Geburtenrückgang kam folglich überraschend. Als Mitte der 1970er-Jahre das Ausmaß des Geburtenrückgangs (ein Rückgang um 45%) erkennbar wurde, setzte eine Diskussion um die Anpassung der Schulstruktur und des Personalbedarfs an die veränderten Bedingungen ein. Im Entwurf der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans von 1981 waren die Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die Planungsempfehlungen von zentralem Einfluss (Deutscher Bundestag 1982). An mehreren Stellen wurde darin auf die besonderen Probleme der Schulversorgung im dünnbesiedelten ländlichen Raum hingewiesen. Der für den Erhalt kleiner Schulen erforderliche zusätzliche Lehrerberauf wurde mit erhöhten Bedarfsfaktoren eingeplant (Deutscher Bundestag 1982, S. 84), auch um das bereits absehbare Überangebot an Absolventen eines Lehramtsstudiums zu verringern.

Möglicherweise wurde die gesamtstaatliche Bildungsplanung damals nicht zuletzt deshalb aufgegeben, weil es wegen des Geburtenrückgangs nicht mehr möglich war, weiteren zusätzlichen Finanzbedarf des Bildungswesens gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen legitim zu fordern. Um sich weiterhin im Verteilungskampf zwischen den Ressorts zu behaupten, war der Verzicht auf Transparenz über eine gesamtstaatliche Planung erfolgsversprechender und diese Strategie hat sich auch tatsächlich bewährt (Weishaupt/Weiß 1988). Als Folge des Geburtenrückgangs in Westdeutschland war eine langfristig wellenförmig verlaufende und zwischen den Bildungsbereichen phasenweise verschobene rückläufige Entwicklung des Kapazitätsbedarfs bereits voraussehbar, denn die geburtenschwachen Jahrgänge führen bei gleicher Geburtenhäufigkeit zu nochmals sinkenden Geburtenzahlen. Die Auswirkungen dieses Echoeffekts erreichen inzwischen das westdeutsche Schulwesen.

In der DDR wirkte sich der Geburtenrückgang vor und nach 1970 nicht so weitreichend aus, weil es dort durch familienpolitische Maßnahmen gelang, die Geburtenzahlen ab Mitte der 1970er-Jahre wieder etwas zu steigern. Der innerhalb weniger Jahre nach der Wiedervereinigung eingetretene dramatische Geburtenrückgang um etwa 60 Prozent in den neuen Ländern führte aber zu einer erneuten – der dritten – durch demografische Entwicklungen ausgelösten schulpolitischen Diskussion, die allerdings durch den Kulturföderalismus weitgehend auf die neuen Länder beschränkt blieb. Insbesondere mussten sie innerhalb weniger Jahre nach Konzepten suchen, wie dem zu erwartenden Lehrerüberhang begegnet werden konnte, denn mit der normalen Fluktuation durch Ruhestand und vorzeitige Verrentung etc. allein ließ sich der Lehrerbestand nicht an eine innerhalb von zehn Jahren halbierte Schülerzahl anpassen. Um Entlassungen zu entgehen akzeptierten die Lehrerverbände vertragliche Vereinbarungen mit den Kultusministerien, die den Lehrkräften für einen begrenzten Zeitraum eine Reduktion des Lehrdeputats (teilweise bis zur Hälfte) auferlegten. Erst in einigen Jahren wird diese Phase der Lehrerbeschäftigung in den neuen Ländern überwunden sein.

Hinzu kam, nachdem das Schulsystem Anfang der 1990er-Jahre in allen neuen Ländern grundlegend umstrukturiert worden war (Weishaupt/Zedler 1994; Weishaupt 2002), der Zwang zu einer erneuten Reorganisation des Schulwesens durch den Schülerrückgang. Im Grundschulbereich wurden zahlreiche Schulen geschlossen (Weishaupt 2006) aber auch in einigen ländlichen Regionen versucht, über kleine Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen ein wohnortnahes Grundschulangebot zu erhalten (Fickermann/Weishaupt/Zedler 1997). Eigene Simulationsrechnungen konnten für Mecklenburg-Vorpommern nachweisen, dass die laufenden Kosten eines Grundschulsystems mit kleinen Grundschulen denen eines wenigstens einzügigen Systems entsprechen (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2000).

In der Sekundarstufe I hatten drei Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) gleich ein zweigliedriges Sekundarschulsystem eingeführt; die anderen beiden Länder sind in den letzten Jahren diesem Vorbild gefolgt, weil die demografische Entwicklung in diesen für deutsche Verhältnisse dünn besiedelten Ländern keine weitere äußere Differenzierung des Schulangebots ohne Qualitätseinbußen oder Lücken im Versorgungsnetz zulässt (Budde/Hanßen 2005; Budde 2007). Das berufliche Schulwesen ist in den

nächsten Jahren zur Anpassung des Schulangebots an halbierte Jahrgangsstärken gezwungen (Kuklinski 2006).

Die aktuelle vierte Phase der Diskussion von Konsequenzen der demografischen Entwicklung für das Schulwesen ist – in dieser Hinsicht in der Tradition vorausgegangener Diskussionen – bestimmt von den nun auch in Westdeutschland durch den erneuten Schülerrückgang entstehenden Problemen der Schulorganisation (z.B. Rösner/Kanders 2005) und wird in dieser Hinsicht überlagert von den beschriebenen Planungserfordernissen in den neuen Ländern. Neu ist an der aktuellen Diskussion die Thematisierung der Verbindung von rückläufigen Schülerzahlen und zunehmendem Bedarf des Arbeitsmarktes an hochqualifizierten Arbeitskräften. In der Vergangenheit tauchte dieses Argument nur allgemein im Zusammenhang des Strukturwandels des Beschäftigungssystems auf. Nun werden aber konkret erwartbare Qualifikationslücken angesprochen: „In etwa 20 Jahren werden die ‚geburtstarken Jahrgänge‘ der sogenannten Babyboomer in Rente gehen (...). Ohne eine höhere Bildungsbeteiligung wird qualifiziertes Personal schon in absehbarer Zeit knapp werden. Schon heute kommen in den Ingenieurberufen auf zehn Beschäftigte im Alter von 55 Jahren und älter nur neun, die jünger sind als 35 Jahre“ (Bertelsmann Stiftung 2008, S. 40). Nachfolgend wird versucht, auf einige bisher weniger diskutierte Herausforderungen der demografischen Entwicklung für die Organisation des Schulwesens einzugehen und in einem zweiten Teil das Problem der Qualifikationslücke in seinen Konsequenzen für die Schulentwicklung zu beleuchten.

1. Schülerzahlenrückgang und schulisches Angebot

Die Geburtenzahlen sind in Deutschland 2007 erstmals seit 1990 wieder leicht angestiegen. Diese Entwicklung entspricht der Erwartung in die langfristige Bevölkerungsentwicklung, die für das kommende Jahrzehnt in Westdeutschland von einer konstanten Kinderzahl im Vorschulalter auf einem um etwa 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduzierten Geburtenniveau ausgeht. Danach wird mit einem weiteren Rückgang in dieser Altersgruppe um ein Viertel bis ca. 2040 gerechnet (Eisenmenger/Pötzsch/Sommer 2006). Auffällig ist bei der Betrachtung der Geburtenentwicklung seit 1990, dass zunehmende Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten sind (s. Abb. 1). Von den neuen Ländern weist Sachsen die relativ günstigste Entwicklung im letzten Jahrzehnt auf, während Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt seit 2000 erneut eine rückläufige Geburtenentwicklung verzeichnen. Untypisch für die westdeutsche Geburtenentwicklung ist das Saarland, das in dem beobachteten Zeitraum einen Geburtenrückgang um mehr als ein Drittel aufweist. Ebenso weichen die Städte Berlin und Hamburg vom westdeutschen Trend ab, denn sie sind von dem Geburtenrückgang der Flächenstaaten und der Stadt Bremen nicht betroffen (bei Berlin ist der Effekt der Vereinigung von Ost- und Westberlin mit unterschiedlichem Geburtenverhalten in den ersten Jahren noch erkennbar). Diese landesspezifischen Trends sind noch regional zu differenzieren (Bucher/Schlömer/Lackmann 2004). Periphere ländliche Regionen aber auch das Ruhrgebiet und das Saarland sind in Westdeutschland neben den ländlichen Regionen in

den neuen Ländern (Herfert 2007) besonders von dem Geburtenrückgang betroffen. Er steht häufig im Zusammenhang mit einer negativen Wanderungsentwicklung, die die rückläufigen Entwicklungstrends noch verstärkt. In den neuen Ländern kommt noch eine im bundesdeutschen Vergleich sehr niedrige Siedlungsdichte in den strukturschwachen Regionen hinzu, die schon heute die Organisation eines leistungsfähigen und für alle Schüler gut zugänglichen Schulangebots erheblich erschwert (Avenarius u.a. 2003, S. 62-67; Budde 2007).

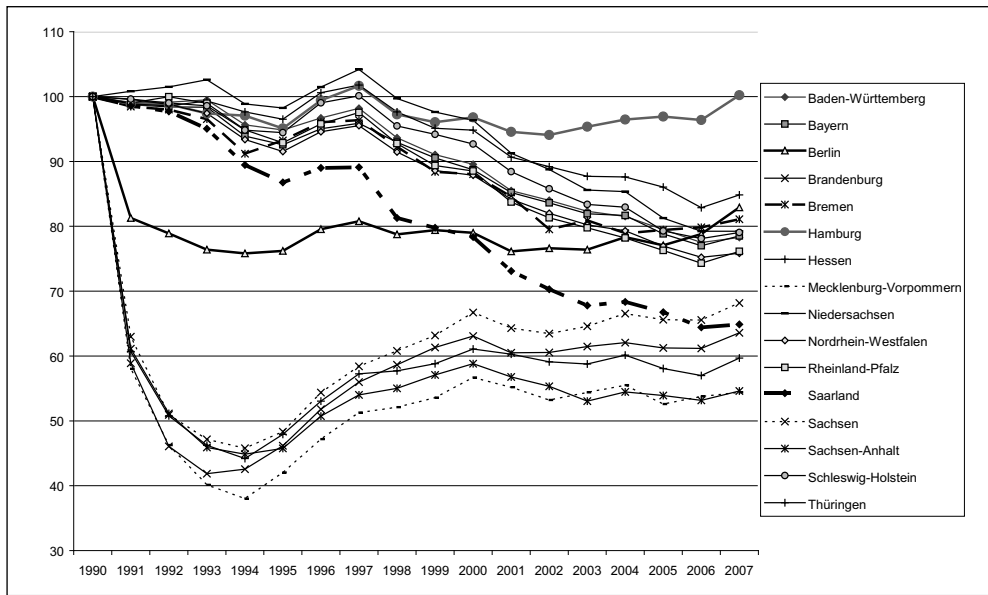


Abb. 1: Relative Veränderung der Geburtenzahlen seit 1990 in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (1990 = 100)

Die Alternativen der Organisation von Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe unter der Bedingung niedriger Schülerzahlen wurden in den letzten Jahrzehnten ausführlich dargestellt (s. zusammenfassend: Kramer/Nutz 2006; Weishaupt 2006). Inzwischen gehen auch die westdeutschen Länder zunehmend dazu über, die Sekundarstufe I nur noch zweigliedrig zu organisieren. Das Saarland machte mit der Einführung der Erweiterten Realschule den Anfang, die neben der Gesamtschule – je nach Absicht des Schulträgers – zum Haupt- und Realschulabschluss führt. Bis 2010/11 will Schleswig-Holstein die Gemeinschaftsschule einführen, die an die Stelle von Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen treten soll. Auch Hamburg plant eine ähnliche zweigliedrige Sekundarstufe I. Dort steht das Motiv der Erhöhung der Bildungsbeteiligung und eine Verbesserung der Bildungschancen im Vordergrund. In den Flächenländern ist aber der Rückgang der Schülerzahlen ein wichtiges Motiv für die Vereinheitlichung der Schulstruktur. Auch andere Länder können die Planungsvorgaben für die Mindestgröße von allgemeinbildenden Schulen an vielen Standorten nicht mehr einhalten (s. z.B. Rösner/

Kanders 2005), doch scheuen sie Änderungen der Schulstruktur. Dies ist vor allem in den Ländern schwierig, in denen – beispielsweise in Nordrhein-Westfalen – die Hauptschule nur über eine Verfassungsänderung abgeschafft werden könnte (Avenarius 2007).

Dann sind auch die Regelungen der Schulträgerschaft in den Ländern zu beachten, die sehr unterschiedlich sind. Neben Ländern, in denen in der Regel die Kreise und kreisfreien Städte Schulträger aller Schulen sind (Hessen und Thüringen), gibt es Länder, in denen Grundschulen bzw. Grund-, Haupt- und Realschulen in der Trägerschaft der Gemeinden liegen (z.B. Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern). Sehr weitreichend sind die Rechte der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, wo nur die Berufsschulzentren (und einige Förderschulformen) in der Trägerschaft des Kreises liegen. Kommunale Interessen am Erhalt einer Schule überlagern deshalb in vielen Ländern die allgemeine Diskussion schulstruktureller Fragen und erschweren zukunftsweisende politische Entscheidungen.

Eine weitere Auflage für die Schulstandortplanung bezieht sich auf die Berücksichtigung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung. Um einer Zersiedlung vorzubeugen und öffentliche Infrastruktureinrichtungen günstig gelegen und gut erreichbar anzubieten, ist deren Konzentration auf bestimmte Städte und Gemeinden planerisch erwünscht. Über die Festlegung zentraler Orte unterschiedlicher Zentralitätsstufe wird auch die Standortverteilung der Schulen beeinflusst. Jedenfalls hat sich die Schulplanung bisher weitgehend daran ausgerichtet (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2002). Da die Tragfähigkeit öffentlicher Nahverkehrsangebote im ländlichen Raum stark vom Schülertransport abhängt, tragen Schulen auch sehr zur Stabilisierung zentralörtlicher Funktionen von Städten und Gemeinden bei.

Auch diese Restriktionen für die Anpassung der Schulstruktur an sinkende Schülerzahlen wurden bereits häufig ausführlich behandelt. Deshalb soll nachfolgend auf drei Aspekte der Weiterentwicklung der Schulstruktur näher eingegangen werden, die in der bisherigen Diskussion nicht oder nur am Rande behandelt werden:

Das Verhältnis von Kindergarten und Grundschule, die Entwicklung der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und die Verzahnung von allgemeinen und beruflichen Bildungsgängen in der Sekundarstufe II.

1.1 Kindergarten und Grundschule in Gebieten niedriger Siedlungsdichte und sinkender Geburtenzahlen

Der Geburtenrückgang hat in Westdeutschland (das Saarland ausgenommen) bisher zu keinen nennenswerten Schulschließungen geführt (s. Abbildung 2). Diese sind aber in den nächsten Jahren zu erwarten. Beispielsweise rechnet Schleswig-Holstein damit, dass bald 30 Prozent der Grundschulen die Mindestschülerzahl von 80 unterschreiten. In Nordrhein-Westfalen hält die Landesregierung an der Mindestzügigkeit von zwei Parallelklassen fest, weshalb es dort bereits zur Schließung von Grundschulen kommt. Doch werden die Folgen des Geburtenrückgangs in den westdeutschen Flächenstaaten nicht so einschneidend sein wie in den neuen Bundesländern.

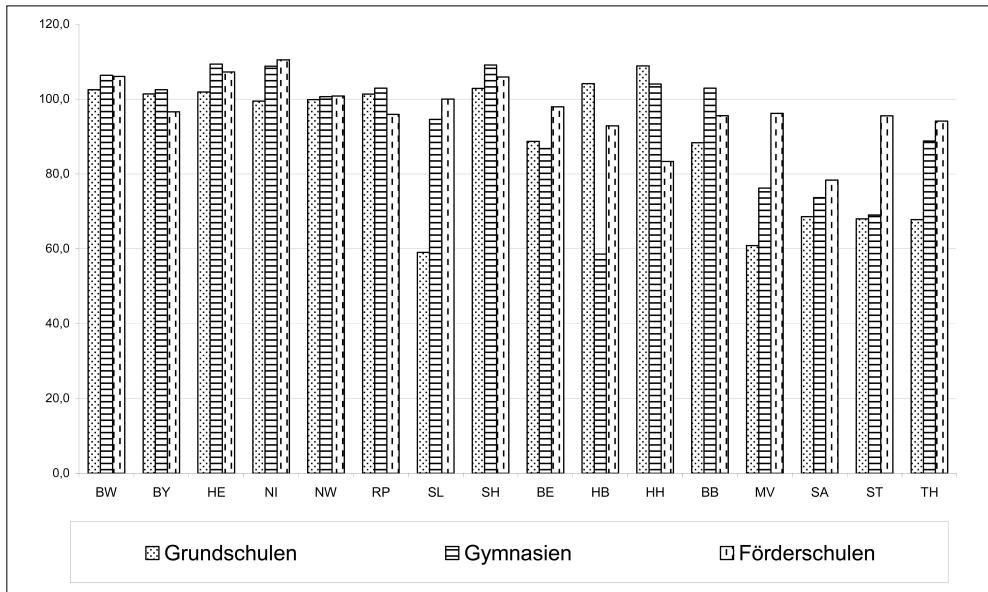


Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Schulen zwischen 1995 und 2006 in den Ländern der Bundesrepublik (Grundschulen, Gymnasien, Förderschulen), 1995 = 100

Zu beachten sind aber zusätzlich die gegenwärtigen weitreichenden Veränderungen in der Grundschule, die auch schulplanerische Konsequenzen nach sich ziehen könnten:

- Die Eingangsphase der Grundschule wird neu gestaltet, die verspätete Einschulung nicht „schulreifer“ Kinder abgeschafft (damit auch Vorklassen und Schulkindergärten).
- Zur neuen Eingangsstufe gehört eine Flexibilisierung der Schulzeit bis zur 3. Klasse: diese Phase kann in einem aber auch in drei Jahren absolviert werden (ohne Sitzbleiber).
- Jahrgangsübergreifende Klassen, die zwischen zwei und vier Schülerjahrgänge zusammenfassen, werden schulrechtlich zunehmend gestattet oder sind sogar erwünscht (NRW).
- Die Grundschulen werden zur Zusammenarbeit mit Kindergärten angehalten.
- Das Einschulungsalter wird gesenkt. (s. Einsiedler/Martschinke/Kammermeyer 2008).

Dieses Bündel von Maßnahmen wird in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Umfang und auf unterschiedliche Weise umgesetzt. Insbesondere die Individualisierung des Lernens in der Schuleingangsphase mit jahrgangsübergreifenden Klassen könnte die Einrichtung „kleiner Grundschulen“ begünstigen, die international eine durchaus gängige Organisationsform von Primarschulen darstellen. Erfahrungsberichte mit jahrgangsübergreifendem Unterricht in der Grundschule verweisen sowohl bei den Lernleistungen

als auch im Sozialverhalten der Schüler auf keine Nachteile gegenüber den Schülern in jahrgangsgegliederten Klassen (Fickermann/Weishaupt/Zedler 1998).

Hinzu kommen in allen Bundesländern inzwischen Sprachstandserhebungen im Vorschulalter (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 56-57), an denen in einigen Ländern ebenfalls Grundschullehrkräfte beteiligt sind. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass „aufgrund der aktuellen Bildungsdiskussion nach PISA(...) Bildungspläne für Kindertagesstätten entwickelt (wurden), in denen nicht nur die Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule, sondern auch die Bedeutung bestimmter schulnaher Bildungsbereiche (z.B. Schriftspracherwerb, Mathematik und Naturwissenschaften) betont wird. Auch in den meisten neueren Grundschullehrplänen wird herausgestellt, dass der Anfangsunterricht an vorschulische Bildungsprozesse anschließen muss“ (Einsiedler/Martschinke/Kammermeyer 2008, S. 337). Insbesondere die Notwendigkeit einer frühen Sprachförderung – schon im Kindergarten – wurde durch die Sprachstandserhebungen zum Thema der Vorschulerziehung.

Diese Entwicklungen legen eine stärkere Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule nahe, die in Regionen niedriger Siedlungsdichte auch zur Stabilisierung des wohnortnahen Schulangebots beitragen könnte. Allerdings ist die Vorschulerziehung über das Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) völlig anders rechtlich geregelt als der Schulbereich. Konstitutiv für den Kindergarten als Teil der Jugendhilfe ist eine Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und ein Wahlrecht der Erziehungsberechtigten zwischen Einrichtungen verschiedener Träger (wenn dadurch keine unververtretbaren Mehrkosten entstehen). Zu vermuten ist, dass diese gesetzlichen Grundvorstellungen zur Vorschulerziehung in ländlichen Regionen zunehmend weniger realisierbar sind und tendenziell eine funktionale Weiterentwicklung dieses Bildungsbereichs und dessen Verzahnung mit der Grundschule erschweren. In den Städten trägt die Trägerpluralität möglicherweise zur starken Konzentration der Kinder mit Migrationshintergrund in wenigen Kindergärten bei (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 53).

Deshalb sollten die rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten im Zusammenhang der Diskussion um eine bessere Verzahnung von Vor- und Grundschulbereich nicht ausgeklammert bleiben. Geht man von den Angebotsstrukturen aus, dann wäre diese Zusammenarbeit durchaus gestaltbar, denn im Durchschnitt kommen etwa drei Kindergärten auf eine Grundschule (Nordrhein-Westfalen 2,7, Sachsen 3,1). In den Landkreisen ist dieses Verhältnis im Vergleich zu den Städten meist niedriger und durch die Siedlungsbedingungen besuchen außerhalb der Städte die meisten Kinder die nächstgelegenen Einrichtungen. Deshalb sollten auch unter der Perspektive der Schulentwicklung die Folgen des Geburtenrückgangs für den Vorschulbereich beachtet und nach Lösungen gesucht werden, die eine Verbindung von Kindergarten und Schuleingangsphase oder Kindergarten und Grundschule in ländlichen Regionen ermöglichen. Für kleine Gemeinden wäre es ein zusätzlicher Gewinn, wenn diese Einrichtungen als Beratungsstelle, Treffpunkt für Senioren, Ort für private Feste etc. mitgenutzt werden könnten, wie internationale Beispiele zeigen.

1.2 Sonderpädagogische Förderung

Die Kultusministerkonferenz hat in ihren „Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1994 eine Abkehr von einer institutionenbezogenen Sichtweise vollzogen: „Die Erfüllung Sonderpädagogischen Förderbedarfs ist nicht an Sonderschulen gebunden; ihm kann auch in allgemeinen Schulen, zu denen auch berufliche Schulen zählen, vermehrt entsprochen werden. Die Bildung behinderter junger Menschen ist verstärkt als gemeinsame Aufgabe für grundsätzlich alle Schulen anzustreben“ (ebd., S. 2–3).

Nach dieser Absichtserklärung war zu erwarten, dass sonderpädagogische Förderung zunehmend an allgemeinbildenden Schulen stattfindet und zugunsten einer integrativen Förderung die Bedeutung der schulischen Förderung rückläufig ist (s. auch Werning/Reiser 2008). Das Gegenteil ist aber der Fall; die schulische Förderquote ist von 1999 4,51 auf 4,85 Prozent (2006) angestiegen. Der Anteil integrativ unterrichteter Schüler hat sich im gleichen Zeitraum (vor 1999 gab es keine bundesweit vergleichbaren Daten) in annähernd gleichem Umfang von 0,59 auf 0,91 Prozent erhöht. Die Entwicklung der Zahl der Förderschulen im letzten Jahrzehnt verdeutlicht (s. Abbildung 2), dass die meisten ostdeutschen Länder deren Zahl nur zögerlich an den rückläufigen Bedarf angepasst haben und in mehreren westdeutschen Ländern sogar noch eine Ausweitung der Förderschulstandorte zu beobachten ist. Es drängt sich fast der Eindruck auf, dass Bestandsinteressen am Erhalt von Schulen die Förderquote beeinflusst haben. Das häufig gegen integrative Konzepte – vermutlich unberechtigt – vorgebrachte Kostenargument (Preuss-Lausitz 2002) scheint in diesem Fall keine Bedeutung gehabt zu haben, denn sonst hätten vermutlich mehr Standorte geschlossen werden müssen. Dies deutet auf die Schwierigkeit hin, unter Bedingungen niedriger Siedlungsdichte ein für alle Schüler gut zugängliches Förderschulangebot bereit zu halten. Andererseits bedeutet eine Förderquote von 5 Prozent aber auch, dass bei integrativem Unterricht bereits eine Grundschule mit 80 Schülern im Durchschnitt vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen würden, für die – bei durchschnittlich sechs zusätzlichen Förderstunden je Kind – bereits eine Sonderschullehrkraft zusätzlich unterrichten könnte.¹

Es gibt nur wenige Untersuchungen zu regionalen Disparitäten des Förderschulbesuchs und den Problemen einer flächendeckenden schulischen Versorgung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Sasse 2005; s. auch Weishaupt 2006), die zusätzlich nach der Art des sonderpädagogischen Förderbedarfs zu differenzieren sind. Dennoch zeigen sich bereits heute erhebliche Schwächen des schulischen Förderansatzes bei sonderpädagogischem Förderbedarf im ländlichen Raum, die sich bei weiter rückläufigen Schülerzahlen noch verstärken werden. Deshalb sollte die demografische Entwicklung dazu beitragen, integrative Formen der sonderpädagogischen Förderung zu intensivieren.

1 Da eine integrative Unterrichtung von Kindern mit einer Störung der geistigen Entwicklung auch international eher selten ist, die etwa 1 Prozent eines Jahrgangs ausmachen, kann alternativ auch mit einer Förderquote von 4 Prozent gerechnet werden. Dadurch ändern sich die Werte nicht entscheidend.

Insbesondere die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen (Sonderschule für Lernbehinderte) hat im gegliederten Schulsystem eine problematische Funktion. Sie verbindet den Gedanken der Förderung mit dem der Separierung, wodurch sie eine ethnisch und sozial stark ausgelesene Schülerschaft aufweist (Klein 2001). Zu dieser Kritik kommt der Vorwurf hinzu, dass sie – trotz höheren Ressourceneinsatzes – nur wenige Schüler zum Hauptschulabschluss führt und für die Leistungsentwicklung der Schüler ein eher ungünstiges Lernmilieu aufweist. Dennoch lässt sich nicht feststellen, dass Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen besonders häufig integrativ unterrichtet werden. Eher sind es Kinder mit Störungen der emotionalen und sozialen Entwicklung, mit Seh-, Hör- und Sprachstörungen, die in allgemeinen Schulen unterrichtet werden (Sekretariat der Kultusministerkonferenz 2008, S. 5).

Es gibt folglich mehrere Gründe, die demografische Entwicklung für eine Überprüfung der schulischen Konzepte sonderpädagogischer Förderung insbesondere in ländlichen Regionen zu nutzen.

1.3 Gymnasiale Oberstufe und berufliche Schulen

Zunehmend wird anerkannt, dass beruflichen Vollzeitschulen (Fachoberschule, berufliches Gymnasium) neben der gymnasialen Oberstufe eine wichtige Funktion bei der Erhöhung der Schulabsolventenquote mit Hochschulreife zukommt. Hinzu kommen in den beruflichen Schulen die Schulformen des vollzeitschulischen Ausbildungsangebots (Berufsfachschulen, Schulen des Gesundheitswesens und Fachschulen, soweit sie eine berufliche Ausbildung vermitteln, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 104f.). Dann sind die Fachschulbildungsgänge im Rahmen der beruflichen Weiterbildung Teil der Berufsschule. Der Bildungsbericht 2008 spricht schon bezogen auf das Schulberufssystem von einer „institutionellen Heterogenität“, die sich in den beruflichen Schulen unter Berücksichtigung der anderen Ausbildungsmöglichkeiten noch erheblich ausweitete. Diese Heterogenität trägt schon heute zu einer wenig systematischen Ergänzung der Ausbildung im dualen System bei. Oft ist die Einrichtung von Ausbildungsgängen an den beruflichen Schulen von situativen personellen und räumlichen Konstellationen und nicht von einer mit der Arbeitsmarktentwicklung abgestimmten Planung abhängig. Selbst in den letzten Jahren mit einem unzureichenden Ausbildungsplatzangebot haben die beruflichen Schulen ihre Ausbildungskapazität nur wenig ausgeweitet. Dies hat dazu beigetragen, dass viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz fanden, nur eine Maßnahme im sogenannten „Übergangssystem“ besuchen können.

Doch könnten die beruflichen Vollzeitschulen – wie als ein Beispiel Baden-Württemberg zeigt – eine wichtige struktur- und bildungspolitische Funktion übernehmen, indem sie eine vermittelnde Qualifizierungsfunktion zwischen dualen System und gymnasialer Oberstufe erfüllen. Zugleich erschließen sie den Hochschulzugang sozialen Gruppen, die einem Besuch des Gymnasiums eher distanziert gegenüberstehen. Dies gilt vor allem für die Regionen außerhalb der städtischen Zentren, in denen auf diese Weise auch die Palette der Ausbildungsmöglichkeiten verbreitert werden könnte. Wenn diese Aufgabe

nicht allein den beruflichen Gymnasien zugewiesen wird, dann müsste dieser Bildungsbereich stärker vereinheitlicht und die verschiedenen Schulformen und Bildungsgänge curricular untereinander abgestimmt und ggf. modularisiert werden.

In einer Planungsstudie für das berufliche Schulwesen in Sachsen wird davon ausgegangen (Kuklinski 2006), dass sich durch die demografische Entwicklung nicht nur die Zahl der Berufsschulstandorte verringern wird, sondern auch die Zahl der angebotenen Bildungsgänge. Beispielsweise wird bei den beruflichen Gymnasien eine Verringerung der Standorte um ein Viertel erwartet. Wenn die gegebene Struktur des beruflichen Schulwesens nur an die demografische Entwicklung angepasst wird, dann werden die beruflichen Schulen aber die angedeutete wichtige Qualifizierungsaufgabe immer weniger erfüllen können, weil sie ihre Angebote auf die städtischen Zentren konzentrieren. Deshalb sollte dringend nach schulorganisatorischen Alternativen gesucht werden, die sogar noch eine regionale Ausweitung der Angebote des Schulberufssystems in ländlichen Regionen gestatten, um dort eine berufsschulische Ausbildungsmöglichkeit neben der betrieblichen Berufsausbildung zu erhalten. Solche Modelle sollten durchaus auch eine Zusammenarbeit mit gymnasialen Oberstufen einschließen. In einigen Ländern wird zusätzlich eine Verzahnung mit dem Weiterbildungsbereich angestrebt (Harney/Hochstätter/Kruse 2007).

2. Qualifikationsbedarf und -angebot: Wie groß ist die Qualifikationslücke?

In den letzten Jahren wird zunehmend auf die langfristigen Folgen der demografischen Entwicklung für das Arbeitskräftepotential und den Arbeitsmarkt hingewiesen: „Auch eine im langfristigen Durchschnitt hohe Zuwanderung kann den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials nicht stoppen (...). Nachdem die gegebene Altersstruktur nicht mehr veränderbar ist und ein deutlicher Abbau des Geburtendefizits erst sehr langfristig wirkt, muss davon ausgegangen werden, dass der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials über einen sehr langen Zeitraum kaum mehr aufzuhalten ist“ (z.B. Fuchs/Söhnlein 2007, S. 4). Angesichts eines zunehmenden Bedarfs an hoch qualifizierten Tätigkeiten – nach einer Projektion des IAB erhöht sich dieser Anteil unter den Erwerbstätigen von 1991 noch 19,3 Prozent auf 24,1 Prozent bis 2010 (Reinberg/Hummel 2002, S. 583) – wird sich der Rückgang der Erwerbstätigen vor allem in den anderen Qualifikationsstufen des Beschäftigungssystems auswirken müssen. Dadurch ergibt sich für das Schulwesen die Frage, ob der gegenwärtige Anteil eines Altersjahrgangs, der zu einer Hochschulzugangsberechtigung geführt wird, ausreichend ist, um langfristig den Ersatz- und Zusatzbedarf für hochqualifizierte Tätigkeiten zu befriedigen. Die Arbeitsmarktforschung hat sich zwar der Untersuchung der Konsequenzen des rückläufigen Erwerbspersonenpotentials für das Bildungswesen angenommen, doch sind die vorliegenden aktuellen Ergebnisse zu dem langfristigen Hochschulabsolventenbedarf und -angebot (Bonin u.a. 2007) fragwürdig, weil sie nicht auf der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes basieren, Annahmen (z.B. über Erwerbstätige und geringfügig Be-

schäftigte) nicht ausreichend begründet und nur zu einzelnen Aspekten Varianten berechnet werden. Dann können die Effekte der Annahmen nicht von den Auswirkungen der Fortschreibung des status-quo unterschieden werden. Schließlich kann nicht, wie in den früheren Vorausberechnungen (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1995, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2002), Angebot und Bedarf in Beziehung gesetzt werden. Um zur Entwicklung des Hochschulabsolventenangebots einige erste Hinweise zu geben, wird anhand des Mikrozensus 2005 (Statistisches Bundesamt 2007, Tab-1.1-D) und der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes² (Eisenmenger/Pötzsch/Sommer 2006) eine grobe Modellrechnung durchgeführt. Unterstellt werden die gegenwärtigen geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten von Hochschulabsolventen (88,4% Männer und 76,0% Frauen). Die Berechnungen beziehen sich nur auf die Bevölkerung zwischen 30 und 64 Jahren, denn in den jüngeren Altersgruppen ist der Hochschulabsolventenanteil unter den Erwerbstätigen gegenwärtig sehr niedrig, weil Studierende durchschnittlich erst mit fast 28 Jahren den ersten Hochschulabschluss erwerben.

2005 gab es unter der Bevölkerung zwischen 30 und 64 Jahren 5,128 Millionen Erwerbstätige mit Hochschulabschluss (89% von insgesamt 5,747 Millionen erwerbstätigen Hochschulabsolventen, unter denen sich auch über 65jährige befinden). Die demografische Entwicklung (status quo Annahme, s. Abbildung 3, S. 68) führt dazu, dass sich zunächst bis 2020 die Altersstruktur der Hochschulabsolventen zugunsten eines größeren Anteils älterer Erwerbstätiger verschiebt. Bis 2030 reduziert sich deren Zahl um 15, bis 2040 um 25 und bis 2050 um 30 Prozent. Da die Erwerbsquote der älteren Hochschulabsolventen niedriger ist und auch Frauen eine niedrigere Erwerbsquote als Männer haben, könnten diese Rückgänge über alters- und geschlechtsspezifische Erhöhungen der Erwerbsquote etwas reduziert werden. Allerdings wären die Effekte dieser Maßnahmen durch die bereits insgesamt hohen Erwerbsquoten von Hochschulabsolventen geringer als in anderen Qualifikationsgruppen.

Lässt man diese Überlegungen unberücksichtigt und fragt allein nach der Erhöhung der Hochschulabsolventenquote, die *ceteris paribus* notwendig ist, um den jetzigen Hochschulabsolventenbestand zu erhalten, dann ergibt sich eine moderate Steigerung von gegenwärtig 15 auf etwa 20 Prozent bis 2040. Unter Berücksichtigung der Annahmen von Reinberg/Hummel (2002, S. 595), die einen durchschnittlichen jährlichen Zusatzbedarf an Hochschulabsolventen bis 2015 von etwa 30.000 annehmen, ergibt sich 2030 bereits ein Hochschulabsolventenanteil von 20 Prozent in den berücksichtigten Altersgruppen, der dem gegenwärtigen Anteil der Hochschulabsolventen an den Erwerbstätigen zwischen 30 und 35 Jahren entspricht. Für den Zeitraum von 1998 bis 2015 nimmt die BLK (2002, S. 124) eine Zunahme der Erwerbstätigen mit Hochschulausbildung von 15,7 bis 18,1 Prozent an, die – unter Berücksichtigung der sinkenden Zahl von Erwerbstätigen – einen vergleichbar hohen zusätzlichen Hochschulabsolventenbedarf

2 Berücksichtigt wird die Variante: Annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, Basisannahme zur Lebenserwartung und ein Wanderungssaldo von 100 000 Personen/Jahr, die der Entwicklung seit 2000 am ehesten entspricht.

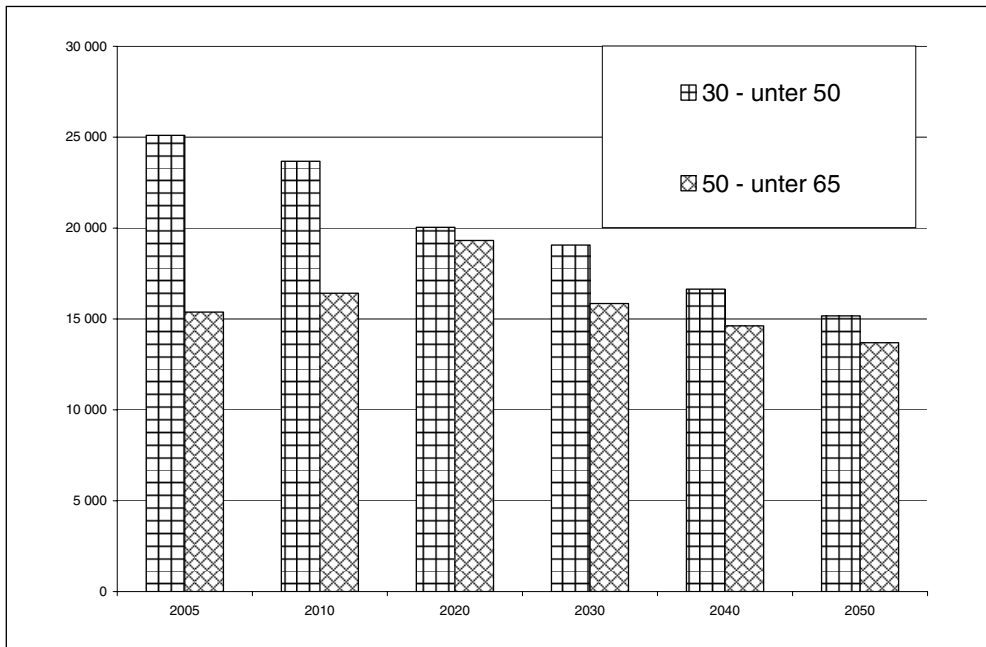


Abb. 3: Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss zwischen 30 und 64 Jahren nach Altersgruppen 2005 bis 2050 (Ergebnisse einer Modellrechnung auf der Basis der Daten der 11. korrigierten Bevölkerungsvorausschätzung)

(ca. 36.000 jährlich) zur Folge hat. Auf der Grundlage der Zunahme der Hochschulabsolventen unter den Erwerbstätigen zwischen 1992 und 2003 von durchschnittlich jährlich 110.000 rechnen Bonin u.a. (2007) mit einem bis 2020 weit höheren Zusatzbedarf an Hochschulabsolventen von durchschnittlich jährlich 120.000 (Bonin u.a. 2007; s. auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 201). Ohne dies näher zu begründen, wird dann von einem stark verringerten zusätzlichen Hochschulabsolventenbedarf von durchschnittlich jährlich nur noch etwa 20.000 bis 2035 ausgegangen.

Um auf der Basis der hier zugrunde gelegten Variante der Bevölkerungsvorausschätzung die möglichen Auswirkungen unterschiedlicher Annahmen über die Zunahme des Hochschulabsolventenbedarfs vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für den Bedarf an Schulabsolventen mit Hochschulreife zu vergegenwärtigen, wurde eine durchschnittliche jährliche Zunahme des Hochschulabsolventenbedarfs in der betrachteten Altersgruppe von 50.000 und 100.000 bis 2040 angenommen. Diese Annahmen sollen nur das Ausmaß des Problems umreißen: Schon die Sicherung der heutigen Zahl der Hochschulabsolventen unter den Erwerbstätigen (Ausgleich des demografischen Effekts) verlangt zwischen 2005 und 2040 überschlägig eine durchschnittliche jährliche Erhöhung der Hochschulabsolventenquote unter den nachwachsenden Bevölkerungskohorten von 0,13 Prozent (bei einer Erhöhung des Hochschulabsolventenanteils unter den 30- bis 64-Jährigen von 15,1% auf 19,5%), bei jährlich zusätzlich 50.000 Hochschulabsolventen steigt dieser Prozentsatz auf 0,32 Prozent und bei 100.000 zu-

sätzlichen Hochschulabsolventen unter den Erwerbstätigen jährlich muss der Prozentsatz auf 0,51 Prozent erhöht werden.

Zwar hat sich in den letzten Jahren die Quote der Hochschulzugangsberechtigten auf 2006 bereits 43,4 Prozent erhöht, aber von diesen nehmen nur drei Viertel ein Studium auf (Statistisches Bundesamt 2008, S. 6 und S. 8). Dann schließen nur etwa zwei Drittel der Studierenden das Studium ab (Statistisches Bundesamt 2008, S. 17). Dies führt dazu, dass die Quote der Hochschulabsolventen gegenwärtig nur gut halb so hoch ist wie die Quote der Studienberechtigten. Folglich reicht eine sich fortsetzende Zunahme der Quote der Hochschulzugangsberechtigten wie im letzten Jahrzehnt um etwa 10 Prozent nur knapp für eine (*ceteris paribus*) langfristige Zunahme des Bedarfs an Hochschulabsolventen von jährlich 100.000 aus. Neben der bereits angesprochenen Verlängerung der Beschäftigungsdauer und der Erhöhung der Erwerbsquote ergeben sich durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur, die Vorverlegung des Einschulungsalters und die Einführung von Kurzzeitstudiengängen (Bachelor) an Universitäten weitere Anpassungsspielräume an einen höheren Bedarf an Hochschulabsolventen (s. Wissenschaftsrat 2006).

Diese Modellrechnung verdeutlicht die große Spannweite möglicher Entwicklungen. Viele intervenierende Prozesse wirken darauf ein, die unabhängig von der Höhe der Bildungsbeteiligung sind. Eine weitere Möglichkeit wäre beispielsweise, gezielt ausländische Studierende, die nicht in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, dazu zu bewegen, nach dem in Deutschland erworbenen Hochschulabschluss hier zu arbeiten. Insofern lassen sich aus den Ergebnissen direkt keine Empfehlungen für die Schulplanung ableiten. Die Forderungen nach einer Ausweitung des Hochschulzugangs und verbesserter Studienbedingungen, um mehr Studierende zu einem Hochschulabschluss zu führen, sind vor dem Hintergrund der absehbaren Entwicklungen jedoch gut begründet.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass eine kontinuierliche Ausweitung der Hochschulberechtigtenquote als Grundlage der Erhöhung der Hochschulabsolventenquote³ in Deutschland nicht so einfach zu erreichen sein dürfte. Walter Müller hat kürzlich wieder darauf hingewiesen, dass das berufliche Ausbildungswesen „für bildungsferne Familien eine besonders attraktive Option (darstellt), die auch begabte Kinder von weiterführenden Bildungsgängen ablenken kann. Die weit verbreiteten Berufslehren beispielsweise sind durch den Lehrlingslohn mit relativ geringen Kosten für die Auszubildenden ver-

- 3 Häufig wird übersehen, dass die Erhöhung des Anteils der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung fast ausschließlich auf die Entwicklung bei der weiblichen Bevölkerung zurückzuführen ist. Die Bildungsexpansion zeigte bisher keine nennenswerten Folgen bei der männlichen Bevölkerung mit Hochschulabschluss.

Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
Anteil der Hochschulabsolventen an der Bevölkerung, Mikrozensus 2005	30–35	35–40	40–45	45–50	50–55	55–60	60–65	65 und älter
insgesamt	17,60	16,29	14,88	14,86	15,38	13,87	12,19	6,86
männlich	18,64	18,44	16,96	17,27	18,25	17,81	17,39	12,14
weiblich	16,52	14,07	12,73	12,46	12,60	9,96	7,17	3,08

bunden. Sie haben gute Erfolgswahrscheinlichkeiten und stellen insofern ein geringes Investitionsrisiko dar. Zudem bieten sie relativ sichere Erträge (vergleichsweise problemloser Übergang in feste Stellen; begrenztes Arbeitslosigkeitsrisiko; in vielen Berufen passable Entlohnung) und ermöglichen für Arbeiterfamilien auch den Erhalt des Familienstatus“ (Müller 2008, S. 6). Wenn insbesondere das Schulberufssystem als alternative Ausbildungsmöglichkeit für Schulabsolventen durch die demografische Entwicklung weiter eingeschränkt würde, könnte das duale System für diese sozialen Gruppen an Attraktivität gewinnen. Die Erschließung von Begabungsreserven über das Gymnasium als Alternative findet bei den infrage kommenden Jugendlichen wenig Akzeptanz. Außerdem ist der Ausbau des Gymnasiums in ländlichen Regionen häufig abhängig von lokalen politischen und wirtschaftlichen Interessen, die an einer Ausweitung der Gymnasialstandorte in der Vergangenheit nicht interessiert waren (Fickermann/Schulzeck/Weishaupt 2002; Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung Qualitätsagentur 2006). Rückläufige Schülerzahlen erzeugen in diesen Regionen keinen neuen Handlungsdruck. Ohne Beachtung der Eigendynamik des dualen Systems und der Rolle der Gemeinden und Kreise für die Schulentwicklung (vgl. Chilla/Morhardt/Braun 2008) lässt sich die Entwicklung der Bildungsbeteiligung kaum planerisch beeinflussen.

3. Schluss

Obwohl der Zusammenhang von Demografie und Schulentwicklung in Deutschland schon lange Schulplaner und -politiker beschäftigt, ergeben sich in der gegenwärtigen Situation neue Konstellationen und Herausforderungen. Durch die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt – nicht mehr nur auf den Lehrerarbeitsmarkt – und die Probleme der Bereitstellung einer ausreichenden (diese Problematik spricht auch der Bildungsbericht 2008 kurz an, Arbeitsgruppe Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 17) und insbesondere einer ausreichend qualifizierten Zahl von Erwerbstätigen interessieren sich nun auch zunehmend andere gesellschaftliche Bereiche für dieses Thema. Die Schwierigkeit einer angemessenen Reaktion besteht aber darin, dass zwar frühzeitig die demografischen Veränderungen berücksichtigt werden müssen, da sich die Bevölkerungszusammensetzung nur sehr langsam ändert (die Erwerbstätigen über 30 Jahre 2035 sind bereits heute geboren). Aber die Spannweite der möglichen Entwicklungen ist trotz aller Gebundenheit an den Bevölkerungsbestand so weit, dass keine eindeutigen Empfehlungen möglich sind. Die vom Wissenschaftsrat, der EU und der OECD erwarteten Erhöhungen der Studienberechtigten- und Hochschulabsolventenquote in Deutschland sind dennoch beachtenswerte Hinweise für die Schulentwicklung.

Ein weiterer allgemeiner Gesichtspunkt, der sich aus den angesprochenen Aufgaben ergibt, ist das Verhältnis von individuellen Bildungsinteressen bzw. der individuellen Verwirklichung von Bildungschancen und institutionellen Interessen im Bildungswesen. In allen angesprochenen Bereichen: der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule, der sonderpädagogischen Förderung, der Verzahnung von gymnasialer Oberstufe und Schulberufssystem in der Sekundarstufe II und der Bewältigung einer möglichen

Qualifikationslücke bei den Erwerbstätigen entsteht dieser Konflikt. Träger von Bildungseinrichtungen, das in ihnen arbeitende Personal und die politischen Akteure in den Städten, Gemeinden und Regionen handeln nicht nur im Interesse der nachwachsenden Generation sondern auch unter Berücksichtigung institutioneller und personaler Eigeninteressen. Angesichts der demografischen Herausforderungen sollten die dadurch entstehenden Interessenskonflikte – auch zwischen gesellschaftlichen und regionalen Qualifikationsinteressen – thematisiert und stärker in die Diskussion gebracht werden. Vielleicht gelingt es dann auch eher, zukunftsweisende Lösungen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu finden.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld: Bertelsmann.
- Avenarius, H. (2007): Die Allgemeine Sekundarschule – Rechtliche Möglichkeiten für die Neuordnung des Schulsystems. Vortrag beim Kongress des VBE NRW zum Thema „Schulentwicklung im ländlichen Raum“ am 5. September 2007 in Dortmund (Verfügbar unter: www.vbe-nrw.de/downloads/PDF%20Dokumente/LR_07_Avenarius.pdf, 10.11.2008).
- Avenarius, H./Ditton, H./Döbert, H./Klemm, K./Klieme, E./Rürup, M./Tenorth, H.-E./Weishaupt, H./Weiß, M. (2003): Bildungsbericht für Deutschland. Erste Befunde. Opladen: Leske+Budrich.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): Forum demographischer Wandel des Bundespräsidenten. Jahreskonferenz 2007. „Bildung voll Leben – Leben voll Bildung“. Gütersloh: Bertelsmann.
- Bonin, H./Schneider, M./Quinke, H./Arens, T. (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020 (IZA Research Report No. 9). Bonn: IZA.
- Bucher, H./Schlömer, C./Lackmann, G. (2004): Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung, S. 107–126.
- Budde, H. (2007): Die Entwicklung regionaler Schulstrukturen in peripheren ländlichen Räumen unter dem Paradigma demografischer Schrumpfung. In: Zeitschrift für Pädagogik 53, S. 314–325.
- Budde, H./Hanßen, K.-D. (2005): Schulentwicklungsplanung im Zeichen des Schülerzahlenrückgangs in den ostdeutschen Bundesländern. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 53, S. 11–26.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1995): Beschäftigungsperspektiven der Absolventen des Bildungswesens – Analysen und Projektionen bis 2010 und Folgerungen für die Bildungspolitik (Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 45). Bonn: BLK.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2002): Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2015 (Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 104). Bonn: BLK.
- Chilla, T./Morhardt, T./Braun, B. (2008): Jenseits der Speckgürtel: Wanderungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Unterfranken. In: Raumforschung und Raumordnung 66, S. 260–270.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1967): Bericht über den Stand der Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildungsplanung (BT-Drucksache V/2166 vom 13.10.1967) Bonn: Heger.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1982): Bericht der Bundesregierung zum Stand der Beratungen sowie zum weiteren Verfahren der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Fortschreibung des Bildungsgesamtplans (BT-Drucksache 9/2012 vom 1.10.1982). Bonn: Heger.

- Einsiedler, W./Martschinke, S./Kammermeyer, G. (2008): Die Grundschule zwischen Heterogenität und gemeinsamer Bildung. In: Cortina, K.S./Baumert, J./Leschinsky, A./Mayer, K. U./Trommer, L. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek: Rowohlt. S. 325–374.
- Eisenmenger, M./Pötzsch, O./Sommer, B. (2006): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Fickermann, D./Weishaupt, H./Zedler, P. (Hrsg.) (1997): Kleine Grundschule. Dokumentation der Fachtagung 6. und 7. Mai 1996 Spornitz (Forum, Heft 3). Bad Berka: Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien.
- Fickermann, D./Weishaupt, H./Zedler, P. (Hrsg.) (1998): Kleine Grundschulen in Europa. Berichte aus elf europäischen Ländern. Weinheim: Dt. Studienverlag.
- Fickermann, D./Schulzeck, U./Weishaupt, H. (2000): Die Kosten-Wirksamkeitsanalyse als methodischer Ansatz zur Bewertung alternativer Schulnetze. Bericht über eine Simulationsstudie. In: Zeitschrift für Pädagogik 46. S. 61–80.
- Fickermann, D./Schulzeck, U./Weishaupt, H. (2002): Schule als Standortfaktor – die Schulversorgung. In: Institut für Länderkunde/Mayr, A./Nutz, M. (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6 Bildung und Kultur. Heidelberg: Spektrum, S. 26–29.
- Fuchs, J./Söhnlein, D. (2007): Einflussfaktoren auf das Erwerbspersonenpotenzial. Demografie und Erwerbsverhalten in Ost- und Westdeutschland. (IAB Discussion Paper No. 12/2007). Erlangen: Bundesagentur für Arbeit.
- Harney, K./Hochstätter, H.-P./Kruse, W. (2007): HESSENCAMPUS Lebensbegleitendes Lernen – Ein struktureller Fortschritt im Bildungssektor? Zur Begründung eines strategischen Projekts der Hessischen Landesregierung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 57. Jg., H. 2, S. 126–140.
- Herfert, G. (2007): Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?. In: Raumforschung und Raumordnung 65. S. 435–455.
- Klein, G. (2001): Sozialer Hintergrund und Schullaufbahn von Lernbehinderten/Förderschülern 1969 und 1997. In: Zeitschrift für Heilpädagogik 52, H. 2, S. 51–61.
- Kramer, C./Nutz, M. (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Bildungs- und Erziehungswesen, In: Gans, P./Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 6 (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 226). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 192–220.
- Kuklinski, P. (2006): Demografischer Wandel und Schulnetzplanung für berufsbildende Schulen – dargestellt am Beispiel der Situation in Sachsen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 54. S. 474–493.
- Müller, W. (2008): Schein oder Sein: Bildungsdisparitäten in der europäischen Statistik. Eine Illustration am Beispiel Deutschlands (unveröffentlichtes Manuskript).
- Preuss-Lausitz, U. (2002): Untersuchungen zur Finanzierung sonderpädagogischer Förderung in integrativen und separaten Schulen. In: Eberwein, H./Knauer, S. (Hrsg.): Integrationspädagogik. Weinheim und Basel 20026, S. 514–524.
- Reinberg, A./Hummel, M. (2002): Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs in Deutschland. Empirische Befunde und aktuelle Projektionsergebnisse. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 35. S. 580–600.
- Rösner, E./Kanders, M. (2005): Schulentwicklung in NRW. Bestandsgefährdung weiterführender Schulen in Nordrhein-Westfalen, Dortmund: Verband Bildung und Erziehung – Landesverband NRW.
- Sasse, A. (2005): Sonderschüler und Sonderschule im ländlichen Raum. Zwischen Tradition und Moderne. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Sekretariat der Kultusministerkonferenz (2008): Sonderpädagogische Förderung in Schulen 1997 bis 2006 (Dokumentation Nr. 185). Bonn: Sekretariat der Kultusministerkonferenz.
- Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung. Qualitätsagentur (Hrsg.) (2006): Bildungsberichterstattung 2006. München: Qualitätsagentur am ISB.

- Statistisches Bundesamt (2007): Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen Bd. 2: Deutschland (Fachserie 1 Reihe 4.1.2) 2005. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008): Hochschulen auf einen Blick. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Werning, R./Reiser, H. (2008): Sonderpädagogische Förderung. In: Cortina, K.S./Baumert, J./Leschinsky, A./Mayer, K. U./Trommer, L. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Reinbek: Rowohlt. S. 505–539.
- Weishaupt, H. (2002): Schulentwicklung in den neuen Ländern – Rückblick und Perspektive. In: Bergsdorf, W./Court, J./Eckert, M./Hoffmeister, H. (Hrsg.): Herausforderungen der Bildungsgesellschaft. Weimar: Rhino, S. 19–39.
- Weishaupt, H. (2006): Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demographischen Wandel. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem. (Statistik und Wissenschaft, Bd. 6). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 26–44.
- Weishaupt, H./Weiß, M. (1988): Bildungsbudget und interne Mittelallokation. In: Zeitschrift für Pädagogik 34. S. 535–553.
- Weishaupt, H./Zedler, P. (1994): Aspekte der aktuellen Schulentwicklung in den neuen Ländern. In: Rolff, H.-G. u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung Bd. 8: Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa, S. 395–429.
- Wissenschaftsrat (2006): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Berlin: Wissenschaftsrat (Drs. 7083/06)

Abstract: *During the last few decades, the effects of the demographic development have quite often been the subject of considerations on school development. Now a new issue has been added to these discussions, namely the fear that – in view of an increase in the demand for people with a university education in the job system – the longterm need for employees with specific qualifications might not be secured. The estimates available so far are not satisfactory. The anticipated further decrease in the number of students will – besides the problems that have already been dealt with during the 1980s – lead to new tasks in the rural areas. The author discusses the demands that arise with a reinforced cooperation between kindergarten and elementary school, the issue of securing an extensive network of special instruction for students with specific needs, and the necessity of stabilizing a differentiated network of vocational training. In a final part, he discusses conflicts of interests that need to be taken into consideration in future concepts of school development.*

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Horst Weishaupt, Leiter der Arbeitseinheit „Steuerung und Finanzierung des Bildungswesens“, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt a.M., und Professor für Empirische Bildungsforschung an der Bergischen Universität Wuppertal. E-Mail: weishaupt@dipf.de